

Gemeinsames Programm der Bundesratsparteien : bald bessere Luft?

Autor(en): **Strahm, Rudolf H.**

Objektyp: **Preface**

Zeitschrift: **Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift**

Band (Jahr): **64 (1985)**

Heft 12

PDF erstellt am: **09.08.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Bald bessere Luft?

Von Rudolf H. Strahm

Vor genau einem Jahr veröffentlichten die vier Bundesratsparteien in einer vierzeiligen, eher dünnen Presseerklärung ein 10-Punkte-Programm gegen die Luftverschmutzung. Obschon viele Presseleute, für die der Rauch wichtiger ist als das Feuer, diese 10 Punkte damals kaum zur Kenntnis genommen haben, ist es – im Rückblick betrachtet – für die Luftreinhaltepolitik der Regierung entscheidend gewesen: Die seither beschlossenen Massnahmen gingen nämlich gerade so weit, aber kaum weiter, als was die Regierungsparteien damals vereinbarten. Die Vorstösse, die in der Waldsession und danach zur Behandlung kamen, haben daran nichts zu ändern vermocht.

Folgende gewichtige Punkte im 10-Punkte-Programm sind in der nächsten Jahresfrist bereits verwirklicht oder vom Bundesrat zumindest beschlossen worden:

- Die Abgasgrenzwerte für Autos gemäss US-Norm 83 («Katalysatorpflicht») auf 1.10.87.
- Jährliche Abgaskontrolle für die Motorfahrzeuge.
- Differenzierung des Treibstoffzolls, um Bleifrei-Benzin nicht teurer werden zu lassen.
- Katalysatoren bei allen neu gekauften Bundesfahrzeugen.
- Die Halbierung des Schwefelgehalts von Heizöl leicht und Heizöl schwer ist im Prinzip vom Bundesrat auch entschieden worden.

Mit diesen Entscheidungen werden – mindestens mittelfristig – grosse Tonnagen an Stickoxid- und Schwefeldioxidmissionen eingespart werden. Die Schwefelgehaltsenkung beim Heizöl

hätte man, weil unbestritten, viel früher durch eine Änderung der bestehenden Feuerungsverordnung in Kraft setzen können. Das Abwarten der Luftreinhalte-Verordnung war ein perfektionistischer, verzögernder Fehlentscheid.

Immerhin ist die Schweiz mit den bereits beschlossenen Massnahmen gegen die Luftverschmutzung zusammen mit Österreich zu den Schrittmachern in Europa geworden.

Gewichtige Massnahmen aus dem 10-Punkte-Programm stehen allerdings noch aus, obschon sie zum Teil vom Bundesrat zugesichert worden sind:

- Immer noch keine Abgas- und Partikelvorschriften für Dieselfahrzeuge.

- Immer noch keine Abgasvorschriften für Töffli und Motorräder.

- Keine Einführung des Motorabstell-Obligatoriums bei Rotlich (Orange vor Grün).

- Die individuelle Heizkostenabrechnung ist zwar mit einer neuen Berechnungsformel technisch weiterentwickelt, aber noch nicht gesetzlich eingeführt worden.

Bei drei von den vier genannten Massnahmen, die verzögert wurden, ist das Bundesamt für Polizeiwesen federführend.

Hat sich nun, ein Jahr danach, dieses 10-Punkte-Programm der Regierungsparteien ausgezahlt? Nach Ansicht mehrerer Fachleute, mit denen wir gesprochen haben, durchaus. Substantielle Verhandlungen über einen Minimalkonsens unter den Bundesparteien können zwar nicht Wunder bewirken. Denn es geht ja meist um den

kleinsten gemeinsamen Nenner. Wenn aber unzählige parlamentarische Vorstösse aus verschiedenen Parteien, die sich zum Teil decken, teils widersprechen, im Raume stehen, und wenn die individuellen Profilierungswünsche einen Konsens erschweren, dann ist ein vorparlamentarischer Konsensfindungsversuch unter den Parteien kein Leerlauf, vielmehr verbessert er die Effizienz des Regierungssystems.

Bei der raschen Sanierung der Umwelt, bei der Förderung des öffentlichen Verkehrs und bei der politischen Meisterung dringender Probleme, wie in der Asylfrage, ist Effizienz der Regierung wohl im Interesse aller. Die Angst der Parteien, sie könnten in diesem Konsens ihre Identität verlieren, ist unbegründet, solange die Verhandlungspunkte thematisch begrenzt sind.

Als Fazit aus verschiedenen Übungen in gegenseitigen Absprachen der Bundesratsparteien hat sich allerdings eine Schwäche des Regierungssystems deutlich artikuliert: Die Bundesverwaltung kann, wenn sie will, ziemlich eigenmächtig operieren. Ein Bundesamt, das die Entscheide vorbereitet oder vollzieht, kann Massnahmen beschleunigen, aber es kann auch wirkungsvoll in Verzögerungstaktik oder gar in Obstruktion machen.

«Keep politics in command», sagte Julius Nyerere öfters, das heisst: Die Politik muss die Führung behalten. Dies müsste man auch dem Bundesrat gegenüber seiner Verwaltung wünschen.